



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 46/18 • 20.12.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und wir können auf eine reich gefüllte Zeit zurücksehen. Entsprechend dürfen Sie sich darauf freuen, mit uns das Jahr 2018 in dem traditionellen Jahresrückblick resümieren zu können, den Sie in der ersten Ausgabe des neuen Jahres erwarten dürfen, bevor wir in ein weiteres Jahr voller neuer Ereignisse starten werden.

Auf Europäischer Ebene wird das Jahr 2019 wesentlich geprägt sein durch die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Neubildung der Kommission.

Eines der Themen, die für die Landesvertretung im kommenden Jahr einen Schwerpunkt bilden, ist das 100. Bauhausjubiläum, mit dem wir auch in Brüssel auf Interesse stoßen werden.

Bevor wir jedoch mit diesen und unzähligen weiteren Themen in das neue Jahr starten, wünsche ich Ihnen nun im Namen des gesamten Teams der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit sowie einen wunderbaren Start in das Jahr 2019.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

80



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
<ul style="list-style-type: none">• Europäischer Rat• Agrar- und Fischereirat• Europäische Kommission - Bezahldienste sollen im Kampf gegen Mehrwertsteuerbetrug im Online-Handel helfen• Europäische Kommission - Textvorschläge für Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland• Europäisches Parlament – EU-Japan: bisher größtes Freihandelsabkommen• Europäisches Parlament – Sacharow-Preisverleihung: Ukrainischer Filmemacher Oleh Senzow geehrt	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
<ul style="list-style-type: none">• EU-Agentur kann nationale Regulierer im Energiebinnenmarkt besser überwachen• Grenzüberschreitender Zugang zu Fernseh- und Hörfunkinhalten online wird einfacher• Erwerbstätigenzahl in Europa erreicht neuen Rekordwert• Kampf gegen Plastikmüll im Meer - Schiffsabfälle müssen in Häfen entsorgt werden• EU-weite Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminelle wird einfacher für Richter, Staatsanwälte und die Polizei• UN-Klimakonferenz - EU spielte entscheidende Rolle bei Umsetzung des Pariser Abkommens• Ethische Leitlinien für Künstliche Intelligenz - EU holt Ihre Meinung ein• Saubere Mobilität - Parlament und EU-Staaten einig über neue CO₂-Grenzwerte für Autos• Kulturerbe aktiv erleben und vermitteln - EU und UNESCO starten gemeinsames Projekt zu Kulturerbe und Jugend	
<u>Was, wann, wo</u>	15
<ul style="list-style-type: none">• Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt 2018 vergeben• Europäische Projektpartnerschaft zur unternehmerischen Lehrerausbildung gestartet	
<u>Ausschreibungen</u>	18
<ul style="list-style-type: none">• KOM – ERASMUS+ Leitaktion 3	
<u>Kontaktbörse</u>	19
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	22
<ul style="list-style-type: none">• Tipp – AdR -Newsletter• Tipp - Und die beliebtesten Vornamen in Belgien sind...• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	27
<u>Impressum</u>	28



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäischer Rat

Am 13. und 14. Dezember 2018 tagte in Brüssel der Europäische Rat. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union erörterten eine Reihe wichtiger Themen, unter anderem den Mehrjährigen Finanzrahmen. Sie betonten die Bedeutung des Binnenmarktes für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Union und forderten, diesen weiter zu entwickeln. Zudem setzte sich der Europäische Rat mit der Umsetzung seines umfassenden Migrationskonzeptes auseinander. Weitere Themen waren Außenbeziehungen, Klimawandel, Sicherheit und Verteidigung sowie Desinformation als strategische Herausforderung für demokratische Systeme.

Nach Beratungen mit Premierministerin Teresa May zum Brexit nahm der Europäische Rat Schlussfolgerungen an, in denen er u. a. Nachverhandlungen zum Austrittsabkommen der EU mit dem Vereinigten Königreich ablehnt. Der Euro-Gipfel am 14.12.2018 befasste sich vor allem mit Fragen zur Stärkung und Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Schlussfolgerungen des Rates finden Sie [hier](#); die Schlussfolgerungen zum Brexit [hier](#) und die Erklärung des Euro-Gipfels [hier](#). • ms

Agrar- und Fischereirat

Am 17. und 18.12.2018 trafen sich die Landwirtschaftsminister und –ministerinnen zur letzten Ratssitzung in diesem Jahr. Das GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020 wurde auf der Grundlage des Fortschrittsberichts der österreichischen Ratspräsidentschaft erörtert. Zur Bioökonomie-Strategie der Europäischen Kommission fand eine Aussprache statt, in der vor allem das Potential der Bioökonomie für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze im ländlichen Raum und für die Urproduktion im Focus stand. Weitere Themen betrafen u. a. Änderungen der GAP für die Jahre 2019 und 2020, Forstschäden sowie die Situation auf dem Schweinefleischmarkt. Wie jedes Jahr im Dezember wurde über die Gesamtfangmengen und die Quoten der Mitgliedstaaten für alle Fischbestände in Nordsee und Atlantischem Ozean sowie im Schwarzen Meer entschieden. • ms

Die Ergebnisse der Ratssitzung finden Sie [hier](#)

Europäische Kommission - Bezahldienste sollen im Kampf gegen Mehrwertsteuerbetrug im Online-Handel helfen

Die Europäische Kommission will im Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden und Zahlungsdienstleistern wie Kreditkarten- und Lastschriftanbietern beitragen. Mehr als 90 Prozent der Online-Käufe erfolgen über einen Zahlungsdienstleister wie Kreditkarten- und Lastschriftanbieter. Die von diesen Unternehmen gespeicherten Daten können den Finanzämtern ein nützliches Instrument zur Kontrolle der Mehrwertsteuerpflicht beim grenzüberschreitenden Verkauf von Waren und Dienstleistungen an die Hand geben.



Die am 12. Dezember vorgeschlagenen Regeln legen vierteljährliche Verpflichtungen zum **Informationsaustausch für Anbieter** fest, die es den Fachleuten der Mitgliedstaaten (dem Eurofisc-Netz) ermöglichen, bestimmte von den Anbietern erhaltene Zahlungsdaten über grenzüberschreitende Verkäufe auszutauschen und zu analysieren.

Im Gegenzug werden sowohl Online-Verkäufer aus der EU als auch aus Drittländern identifizierbar sein, wenn sie ihren Mehrwertsteuerpflichten nicht nachkommen. Ähnliche Bestimmungen in einigen Mitgliedstaaten und anderen Ländern haben bereits gezeigt, wie eine solche Zusammenarbeit einen spürbaren Beitrag zur Betrugsbekämpfung im Bereich des elektronischen Geschäftsverkehrs leisten kann.

Die Maßnahmen, die nach intensiven Diskussionen mit Unternehmen und den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten entwickelt wurden, werden nun den Mitgliedstaaten im Rat zur Zustimmung und dem Europäischen Parlament zur Konsultation vorgelegt. Die Ankündigung folgt auf entsprechende Vorschläge zur Sicherstellung des reibungslosen Funktionierens des MwSt-Systems beim Online-Verkauf, sobald eine bereits vereinbarte Generalüberholung im Januar 2021 in Kraft tritt.

Ab 2021 werden Betreiber großer Online-Marktplätze dafür sorgen müssen, dass die Mehrwertsteuer auf Gegenstände, die von Unternehmen aus Drittländern an Verbraucher in der EU über diese Plattformen verkauft werden, abgeführt wird. Mit den aktuell vorgelegten Vorschlägen wird definiert, bei welchem Sachverhalten davon ausgegangen wird, dass eine Plattform einen Verkauf zwischen ihren Nutzern unterstützt hat, und welche Aufzeichnungen die Betreiber im Einzelnen zu den über ihre Schnittstelle abgewickelten Verkäufen führen müssen. Da die Online-Marktplätze für die entgangene Mehrwertsteuer haftbar sein werden, können die Steuerbehörden die geschuldete Mehrwertsteuer einfordern, wenn Verkäufer aus einem Drittland sich nicht an die Vorschriften halten.

So wird beispielsweise dafür gesorgt, dass die Mehrwertsteuer auf Gegenstände, die von Logistikzentren in der EU aus verkauft werden, korrekt abgeführt wird, auch wenn die Waren technisch gesehen von Nicht-EU-Unternehmen verkauft werden. Derzeit kann es für die Mitgliedstaaten schwierig sein, die Mehrwertsteuer für solche Gegenstände einzuziehen, die von diesen sogenannten Fulfillment Centres aus verkauft werden.

Die neuen technischen Maßnahmen wurden in Abstimmung mit den Online-Plattformen selbst und den Behörden der Mitgliedstaaten ausgearbeitet. Sie werden durch die Vereinfachung von Mehrwertsteuervorschriften ergänzt, damit Marktplätze nicht über Gebühr belastet werden und sich weiter auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Zusammenarbeit im Kampf gegen Mehrwertsteuerbetrug](#)

[Neue Rolle für Online-Marktplätze bei der Betrugsbekämpfung](#)

Europäische Kommission - Textvorschläge für Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland

Im Rahmen ihres Engagements für Transparenz hat die Europäische Kommission am 13. Dezember [einen Bericht](#) über die letzte Verhandlungsrunde zwischen der EU und Australien sowie die [sechs ersten Textvorschläge](#) der EU veröffentlicht, die in dieser Runde vorgelegt wurden.

Vom 19. bis 23. November 2018 waren die Verhandlungsführer der EU in Canberra, Australien, zur zweiten Verhandlungsrunde für ein ehrgeiziges und umfassendes Handelsabkommen. Die



Gespräche waren konstruktiv und die Teams führten substanzielle Diskussionen über die verschiedenen Verhandlungskapitel. Die heute veröffentlichten Texte ergänzen die 12 ersten Vorschläge, die nach der ersten Verhandlungsrunde veröffentlicht wurden. Die Kommission hat heute auch sechs Vorschläge für die Verhandlungen mit Neuseeland veröffentlicht.

Die letzte Verhandlungsrunde mit Neuseeland fand vom 8. bis 12. Oktober in Wellington statt, zu der der Bericht ebenfalls veröffentlicht wurde.

36 Millionen Arbeitsplätze hängen mit Exporten aus der EU zusammen. Davon fallen 20 Millionen Arbeitsplätze in Regionen außerhalb der EU, wobei die Entwicklungsländer miteingerechnet sind.

Welche Unternehmen und wie viele Arbeitsplätze in der EU in Verbindung mit EU-Exporten stehen, werde aus dieser [interaktiven Übersicht](#) deutlich. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 13.12.2018](#)

[Die sechs Textvorschläge](#) für Australien

[Die sechs Textvorschläge](#) für Neuseeland

[EU-Verhandlungen mit Neuseeland](#)

[EU-Verhandlungen mit Australien](#)

[Die Handelspolitik der EU](#)

Europäisches Parlament – EU-Japan: bisher größtes Freihandelsabkommen



Das Parlament hat dem Freihandelsabkommen der EU mit Japan zugestimmt. Es ist das größte bilaterale Handelsabkommen, das die EU je ausgehandelt hat.

6

Das [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan](#), das am Mittwoch mit 474 Stimmen bei 152 Gegenstimmen und 40 Enthaltungen angenommen wurde, wird fast alle Zölle abschaffen, die EU-Unternehmen jährlich eine Milliarde Euro kosten. Es setzt ein Zeichen für offenen, fairen, werte- und regelgestützten Handel „in einer wegen protektionistischer Tendenzen für die Weltordnung schwierigen Ära.“

Während die sensibelsten EU-Sektoren wie etwa die Reisproduktion unter Schutz stehen, werden Wein, Käse, Rindfleisch, Schweinefleisch, Nudeln, Schokolade und Kekse entweder sofort oder nach einer Übergangszeit zollfrei nach Japan ausgeführt werden können. 205 geografische Angaben der EU werden geschützt, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu unterstützen, die 78% der Exporteure nach Japan ausmachen. Das Parlament fordert die Kommission auf, Anlaufstellen einzurichten, damit sichergestellt wird, dass den KMU die für den Marktzugang benötigten Informationen rasch zur Verfügung gestellt werden.

Japan gewährt EU-Lieferanten gleichberechtigten Zugang zu den Beschaffungsmärkten der wichtigsten Städte. Darunter fallen öffentliche Aufträge im Schienenverkehr und grenzüberschreitende Dienstleistungen wie der elektronische Handel, der Seeverkehr sowie Postdienste.

Das Parlament hebt hervor, dass sich beide Seiten für ein hohes Umwelt- und Arbeitsschutzniveau einsetzen und begrüßt die Verpflichtung zur Umsetzung des Pariser Übereinkommens zur Bekämpfung des Klimawandels. Es ermutigt beide Parteien, den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen. Die Abgeordneten betonten jedoch, dass Japan alle einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ratifizieren muss.



Das Parlament hat auch das [Strategische Partnerschaftsabkommen](#) mit 535 Stimmen, bei 84 Gegenstimmen und 45 Enthaltungen gebilligt, das darauf abzielt, die Zusammenarbeit vom Handel auf Bereiche wie Energie, Bildung, Forschung und Entwicklung, Entwicklungszusammenarbeit sowie Bekämpfung von Klimawandel und Terrorismus auszuweiten.

Japan hat das Abkommen bereits ratifiziert. Nach der Billigung durch das Europäische Parlament wird der Rat am 21. Dezember grünes Licht geben. So kann es am 1. Februar 2019 in Kraft treten. Damit das strategische Partnerschaftsabkommen in Kraft treten kann, müssen es alle Mitgliedstaaten ratifizieren. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament – Sacharow-Preisverleihung: Ukrainischer Filmemacher Oleh Senzow geehrt

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2018 wurde am Mittwoch, dem 12. Dezember an den ukrainischen Filmemacher und Schriftsteller Oleh Senzow verliehen.



Oleh Senzow konnte den Menschenrechtspreis am 12. Dezember im Europäischen Parlament nicht persönlich entgegennehmen, da er in Sibirien im Gefängnis verweilt und eine 20-jährige Haftstrafe wegen des Vorwurfs der „Planung terroristischer Handlungen“ gegen das auf der Krim faktisch herrschende Regime Russlands verbüßt.

Seine Cousine Natalya Kaplan und sein Anwalt Dmitriy Dinze vertraten ihn bei der feierlichen Sitzung im Plenarsaal in Straßburg.

Bei der Verleihung des Preises sagte Parlamentspräsident Antonio Tajani: „Oleh Senzow wurde für seinen friedlichen Protest gegen die illegale Besetzung der Krim, wo er auch geboren wurde, nominiert. Auch für seinen Mut, seine Entschlossenheit und seine Überzeugungen zur Unterstützung der Menschenwürde, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Das sind die Werte, auf denen unsere Europäische Union aufbaut, noch mehr nach dem schrecklichen Anschlag von gestern - Werte, die dieses Parlament schätzt, erhält und fördert“.

„Senzows Hungerstreik und seine mutige öffentliche Haltung machten ihn zu einem Symbol des Kampfes für die Freilassung der in Russland und auf der ganzen Welt festgehaltenen politischen Gefangenen“, fügte er hinzu. Tajani wies darauf hin, dass die Verleihung vor dem Hintergrund ernsthafter Spannungen zwischen Russland und der Ukraine stattfindet, und forderte eine Deeskalation der Situation und bekräftigte die Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine.

Er forderte die sofortige und bedingungslose Freilassung von Senzow und allen anderen illegal inhaftierten ukrainischen Bürgern in Russland und auf der Halbinsel Krim sowie von anderen inhaftierten Preisträgern: „Der Sacharow-Preis ist nicht nur eine Auszeichnung. Er ist eine Verpflichtung. Und wir stehen weiterhin zu unseren Preisträgern.“

Bei der Entgegennahme des Preises beschrieb Natalya Kaplan sehr anschaulich Senzows Leben, seine Handlungen während der Annexion der Krim und die Folterungen und Schläge, die er erlitten hatte, als er verhaftet und für Verbrechen verurteilt wurde, die er nicht begangen hat. „Oleh ist ein Mensch, der nicht aufgeben kann und einfach nur ruhig abwartet. Er ist von Natur aus ein Kämpfer.“



Was seinen Hungerstreik für die Freilassung aller ukrainischen politischen Gefangenen betrifft, so sagte sie: „Während seines 145-tägigen Hungerstreiks wurde kein einziger politischer Gefangener freigelassen, aber das bedeutet nicht, dass er verloren hat. Dank seiner Tat sprach die ganze Welt über die russische Repression - das ist ein Sieg.“

Abschließend las sie eine Botschaft von Oleh Senzow selbst vor, die so begann: „Ich kann in diesem Saal nicht anwesend sein, aber Sie können meine Worte hören. Selbst wenn jemand anderes sie sagt, sind Worte das wichtigste Werkzeug eines Menschen und oft auch sein einziges, besonders wenn ihm alles andere genommen wurde.“

Parlamentspräsident Tajani begrüßte auch die Eltern des inhaftierten Sacharow-Preis-Finalisten 2018, Nasser Zefzafi, und Vertreter der elf NGOs, die Leben im Mittelmeer retten und ebenfalls unter den [Finalisten](#) waren.

Zum 30-jährigen Bestehen des Sacharow-Preises sagte Tajani: „Diese Auszeichnung hat Einzelpersonen und Organisationen aus der ganzen Welt unterstützt, die sich uneingeschränkt für soziale Gerechtigkeit einsetzen, oft unter großen persönlichen Risiken.“

„Fünf Sacharow-Preisträger erhielten anschließend den Friedensnobelpreis“, fügte er hinzu, darunter Dr. Denis Mukwege und Nadia Murad, die 2018 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden.

Am 25. Oktober hatte Parlamentspräsident Antonio Tajani [verkündet](#), dass der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2018 an Oleh Senzow verliehen werde. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

EU-Agentur kann nationale Regulierer im Energiebinnenmarkt besser überwachen

Die EU-Energieagentur ACER für die Zusammenarbeit der nationalen Energieregulierungsbehörden wird ein stärkeres Mandat erhalten. Darauf haben sich Parlament und Rat am 11. Dezember geeinigt. Derzeit beschränkt sich die EU-Energieagentur mit Sitz in Slowenien auf die Koordination, Beratung und Überwachung. Die Regulierungsaufsicht ist fragmentiert, mögliche divergierende Entscheidungen und unnötige Verzögerungen sind die Folge. ACER werden nun zusätzliche Kompetenzen in den Bereichen übertragen, in denen fragmentierte nationale Entscheidungen von grenzüberschreitender Bedeutung zu Problemen für den Energiebinnenmarkt führen würden.

Der entsprechende Vorschlag der Kommission war 2016 Teil des Pakets [„Saubere Energie für alle Europäer“](#), das die Vollendung der Energieunion und die Bekämpfung des Klimawandels zum Ziel hat. Von den damals vorgelegten acht Legislativvorschlägen sind nach der Einigung nun sechs verabschiedet.

So wird ACER beispielsweise die Aufsicht über neu geschaffene regionale Koordinierungszentren haben, in denen die Übertragungsnetzbetreiber gemeinsam über Fragen entscheiden, bei denen unkoordinierte nationale Maßnahmen den Markt



und die Verbraucher negativ beeinflussen könnten. Auch werden die Regulierungsverfahren durch die Einführung einer direkten Genehmigung durch ACER anstelle einer separaten Genehmigung durch alle nationalen Regulierungsbehörden gestrafft. Die nationalen Regulierungsbehörden werden im Rahmen von ACER weiterhin voll in den Prozess einbezogen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Vollständige Pressemitteilung](#)

Grenzüberschreitender Zugang zu Fernseh- und Hörfunkinhalten online wird einfacher

Die Verhandlungsführer der Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates haben am 13. Dezember bei den Urheberrechtvorschriften für Fernseh- und Hörfunksendungen einen wichtigen Durchbruch erzielt. Damit können europäische Fernsehveranstalter in Zukunft bestimmte Sendungen in ihrem Live-Fernsehen oder als Nachholdienst online leichter anbieten. Weiterverbreitungsdienste werden mehr Hörfunk- und Fernsehprogramme einfacher übertragen können.

41 Prozent aller Europäer empfangen Fernsehen heute online. Bei der jungen Generation ist der Anteil aber höher, denn 50 Prozent der Europäer im Alter von 15–24 sehen mindestens einmal wöchentlich online fern. 19 Prozent der Europäer im Alter von 15–45 Jahren nutzen Online-Rundfunkdienste, um sich Fernsehserien und Filme anzuschauen.



Was wird sich im audiovisuellen Sektor ändern?

- **Herkunftslandprinzip:** Mit der künftigen Richtlinie wird das Herkunftslandprinzip eingeführt, um die Lizenzierung von Rechten für bestimmte Sendungen zu erleichtern, die Fernsehveranstalter über ihre Online-Dienste anbieten wollen (Simulcasting, Nachholdienste und andere Dienstleistungen, die das Hauptprogramm ergänzen, z. B. Vorschau). Dank dieser Regelung werden die Sender in der Lage sein, Nachrichten und politische Informationen wie auch Eigenproduktionen über ihre Replay-Dienste in allen EU-Ländern anzubieten.
- **Weiterverbreitung:** Die künftige Richtlinie sieht einen Mechanismus vor, der die Lizenzierung von Rechten für die Weiterverbreitung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen erleichtert und der unter bestimmten Bedingungen auch Weiterverbreitungsdienste erfasst, die über das Internet erbracht werden. Die Vorschriften sollten zu einer größeren Verbreitung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen beitragen, und zwar unabhängig von der von Weiterverbreitungsdiensten eingesetzten Technik.
- **Direkteinspeisung:** Die Direkteinspeisung ist ein Verfahren, das von Fernsehveranstaltern zunehmend zur öffentlichen Ausstrahlung ihrer Programme verwendet wird. Die neuen Vorschriften werden dafür sorgen, dass die Rechteinhaber angemessen vergütet werden, wenn ihre Werke in Programmen verwendet werden, die per Direkteinspeisung übertragen werden. Sie schaffen Rechtssicherheit für die beteiligten Rundfunkveranstalter und Verreiber.

Der vereinbarte Wortlaut muss nun noch vom Europäischen Parlament und vom Rat in den kommenden Wochen bestätigt werden.

10

Rundfunkveranstalter bieten ihre Sendungen zunehmend im Internet an. Häufig sind ihre Online-Programme jedoch in anderen Mitgliedstaaten als dem Herkunftsland nicht zu empfangen, selbst wenn potenziell ein großes Interesse daran besteht (etwa wegen der Sprache). Da die Klärung und Abrechnung von Rechten (d. h. die Einholung der Genehmigung der Rechteinhaber) derzeit sehr kompliziert ist, haben diese Sender Schwierigkeiten, wenn sie ihre Dienste grenzüberschreitend anbieten wollen.

Die vereinbarte Regelung ergänzt die bestehende [Satelliten- und Kabelrichtlinie](#), die die grenzüberschreitende Satellitenübertragung und die Kabelweiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen aus anderen Mitgliedstaaten bereits erleichtert hat. Dank der Satelliten- und Kabelrichtlinie sind zahlreiche Fernsehkanäle in anderen Mitgliedstaaten als ihrem Herkunftsland verfügbar. Dies hat dazu beigetragen, die kulturelle Vielfalt Europas zu stärken, und kommt den Europäern zugute, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem ihrer Herkunft leben. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung](#)

[Faktenblatt](#) zum Zugang zu Online-Fernseh- und Hörfunkinhalten

[Der Vorschlag der EU-Kommission zu einem modernen Urheberrecht](#)



Erwerbstätigenzahl in Europa erreicht neuen Rekordwert

Die Zahl der Beschäftigten in der EU erreichte im dritten Quartal 2018 mit **239,3 Millionen** Menschen einen neuen Rekord. Der größte Teil der neuen Arbeitsplätze sind Dauer- und Vollzeitarbeitsplätze. Das geht aus der am 17. Dezember veröffentlichten Winterausgabe des Vierteljahresberichts der Kommission über Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa hervor. Im zweiten Quartal 2018 waren die Dauerarbeitsplätze im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2,7 Millionen gestiegen. Die Beschäftigungsquote erreichte im zweiten Quartal 2018 73,2 Prozent.

Der Bericht zeigt, dass die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 2,3 Millionen stieg, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stabil blieb. Die Beschäftigung in der EU stieg in allen Sektoren mit Ausnahme der Landwirtschaft im Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres. Den stärksten Anstieg verzeichnete der Dienstleistungssektor: 730.000 Beschäftigte mehr allein im Großhandel und 1,8 Millionen mehr in den sonstigen Dienstleistungen. Die Arbeitslosenquote ging weiter zurück: Im Oktober 2018 lag sie in der EU bei 6,7 Prozent und im Euroraum bei 8,1 Prozent, was einem Rückgang um jeweils 0,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr entspricht. Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#). • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:
[Daily News vom 17. Dezember 2018](#)

11

Kampf gegen Plastikmüll im Meer - Schiffsabfälle müssen in Häfen entsorgt werden

Die EU geht weiter gegen Kunststoffmüll im Meer vor. Das Europäische Parlament und der Rat haben am 12. Dezember eine vorläufige Einigung über neue [Vorschriften zur Sammlung von Schiffsabfällen an Häfen](#) erreicht. Die neuen Vorschriften sollen vor allem die Abfälle auf hoher See reduzieren, indem sie dafür sorgen, dass Schiffsabfälle nicht im Meer entsorgt, sondern zurück an Land gebracht und dort an den Häfen entsorgt werden. Die Vorschriften sind Teil der europäischen [Strategie](#) zur Reduzierung von Kunststoffabfällen.

EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc erklärte dazu: „Wir müssen dringend Maßnahmen ergreifen, um die Verschmutzung der Meere weltweit zu bekämpfen. Dabei spielen auch die Schifffahrt und die Häfen eine Rolle. Mit der gestrigen Einigung zeigt die EU, dass sie unsere Ozeane vor Verschmutzung schützen und gleichzeitig Wachstum und Innovation fördern will.“ Finanzielle Anreize und ein geringerer Verwaltungsaufwand für Häfen, Schiffe und Behörden sollen dazu beitragen, das neue System zu etablieren. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
[Daily News vom 13.12](#)
[Der Vorschlag für die Vorschriften zur Sammlung von Schiffsabfällen](#)
[Die Kunststoffstrategie](#)



EU-weite Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminelle wird einfacher für Richter, Staatsanwälte und die Polizei

Um Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität besser bekämpfen zu können, wird der Austausch von Strafregistereinträgen und Identitätsdaten verurteilter Drittstaatenangehöriger und staatenloser Personen vereinfacht. Das Europäische Parlament und der Rat haben sich am 11. Dezember über den Vorschlag der Kommission geeinigt, eine **zentrale Online-Datenbank** auf der Grundlage des bestehenden Europäischen Strafregisterinformationssystems ECRIS einzurichten.

Dank einer zentralisierten Datenbank wird es möglich sein, schnell festzustellen, ob in einem Mitgliedstaat Informationen zu Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen



vorliegen. Das neue System soll Daten wie Namen, Anschriften, Fingerabdrücke und, soweit verfügbar, Gesichtsbilder enthalten und wesentlich zur Verbesserung der Zuverlässigkeit von Angaben über die Identität von Nicht-EU-Bürgern beitragen. Als zentralisiertes System wird das ECRIS zu den von der Agentur eu-LISA entwickelten und verwalteten Systemen gehören und dafür sorgen, dass Informationen mit anderen Systemen ausgetauscht werden können. Dies ist Teil des Konzepts der Kommission zur Sicherstellung der Interoperabilität. • *eaq*
Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

[Daily News vom 12.12.2018](#)

12

UN-Klimakonferenz - EU spielte entscheidende Rolle bei Umsetzung des Pariser Abkommens

Auf der UN-Klimakonferenz (COP24) in Kattowitz, Polen, wurde am 16. Dezember (Sonntag) ein neues Regelwerk verabschiedet, mit dem das Pariser Klimaschutzabkommen weltweit in die Praxis umgesetzt werden soll. Dieses Regelwerk fertigzustellen war das oberste Ziel der EU bei dieser Klimakonferenz. Damit werden alle Vertragspartner ihre Beiträge im Kampf gegen den Klimawandel umsetzen und schrittweise verstärken können und so die langfristigen Ziele des Abkommens erreichen.

Der von der EU im Rahmen des Pariser Abkommens auf nationaler Ebene festgelegte Beitrag besteht darin, die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren, und zwar unter dem umfassenderen Klima- und Energierahmen des Jahres 2030. Alle wichtigen Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Emissionsziels für 2030 wurden bereits verabschiedet. Darin eingeschlossen sind die EU-Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die, wenn sie vollständig umgesetzt würden, zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen in der EU um etwa 45 Prozent bis 2030 führen könnten. Dazu zählen ebenfalls die Modernisierung des EU-Emissionshandelssystems und die Ziele für 2030 für alle Mitgliedstaaten, die Emissionen in Bereichen wie Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfall zu reduzieren.



Die Ambitionen der EU gehen über das Jahr 2030 hinaus. Auf Einladung der Staats- und Regierungschefs der EU legte die Kommission am 28. November 2018 eine strategische langfristige Vision für eine prosperierende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale europäische Wirtschaft bis 2050 vor. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die ausführliche Pressemitteilung \(auf Englisch\)](#)

[Der Vorschlag der EU-Kommission für eine CO₂-arme Wirtschaft bis 2050](#)

Ethische Leitlinien für Künstliche Intelligenz - EU holt Ihre Meinung ein

Die von der EU-Kommission im Juni eingesetzte hochrangige Expertengruppe für Künstliche Intelligenz (KI) hat am 18. Dezember den ersten Entwurf ihrer Ethikleitlinien veröffentlicht, auf deren Grundlage KI entwickelt und eingesetzt werden soll. Darin legen die 52 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft dar, wie Entwickler und Nutzer sicherstellen können, dass die KI die Grundrechte, die geltenden Vorschriften und Grundprinzipien respektiert. Bis zum 18. Januar 2019 können dazu Kommentare eingesendet werden.

Kommentare zu dem Entwurf der Ethikrichtlinien können **bis zum 18. Januar** eingereicht werden. Im März 2019 wird die Sachverständigengruppe der Kommission ihre endgültigen Leitlinien vorlegen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Entwurf der Leitlinien](#)

[Website der Befragung](#)

[Vollständige Pressemitteilung](#)

13

Saubere Mobilität - Parlament und EU-Staaten einig über neue CO₂-Grenzwerte für Autos

Das Europäische Parlament und der Rat der EU-Staaten haben sich am 17. Dezember auf neue CO₂-Grenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge ab dem Jahr 2030 geeinigt. Demnach müssen die CO₂-Emissionen von Neuwagen dann um 37,5 Prozent (PKW) bzw. 31 Prozent (Nutzfahrzeuge) unter den bereits beschlossenen Emissionslimits von 2021 liegen.

Der Kommissionsvorschlag zu den CO₂-Grenzwerten ab 2030 war Teil des Pakets für saubere Mobilität. Dieses soll sicherstellen, dass Europa entschlossen an der Emissionsminderung im Verkehrsbereich arbeitet und so wettbewerbsfähig bleibt. Ziel ist ein klimaneutraler Verkehrssektor in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Nach der gestern erzielten politischen Einigung muss der Text nun noch vom Europäischen Parlament und vom Rat förmlich gebilligt werden. Sobald die Verordnung in den kommenden Monaten von beiden Gesetzgebern gebilligt wurde, wird sie im Amtsblatt der Union veröffentlicht und tritt sofort in Kraft. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemeldung vom Mai 2018 zum Paket für Saubere Mobilität](#)



Kulturerbe aktiv erleben und vermitteln - EU und UNESCO starten gemeinsames Projekt zu Kulturerbe und Jugend

Die Europäische Union und die UNESCO wollen die Verbindungen zwischen Jugendlichen und dem europäischen Kulturerbe stärken. Sie starten dazu ein Projekt, das voraussichtlich im Januar 2019 beginnen wird. Ziel ist es, **das immaterielle Kulturerbe** – beispielsweise Musik, Tanz, Brauchtum, Feste oder traditionelle Handwerkstechniken – **in den Unterricht zu bringen**.

Die Genossenschaften in Deutschland, Yoga in Indien oder die Rumba aus Kuba – sie alle gehören zum immateriellen Kulturerbe der UNESCO. Immaterielles Kulturerbe bezeichnet lebendige, über Generationen weitergegebene Traditionen und Praktiken, die einer Gemeinschaft ein Gefühl der Identität und der Kontinuität vermitteln, sich aber auch stetig weiterentwickeln.

Die Projektpartner werden eine Reihe von **Orientierungsmaterialien entwickeln**, um Lehrer bei der Integration des immateriellen kulturellen Erbes in die Lehrpläne und außerschulischen Aktivitäten zu unterstützen. Die UNESCO wird dazu auch **Trainingsworkshops für Schulen** organisieren.

Das gemeinsame Projekt konzentriert sich auf den Beitrag des Kulturerbes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen und auf die Förderung einer integrativen und nachhaltigen Zukunft für Europa. Es trägt zu zwei der zehn von der Europäischen Kommission für das [Kulturerbe-Jahr](#) entwickelten [europäischen Initiativen](#) bei: [Kulturelles Erbe an Schulen](#) und [Jugend für Kulturerbe](#).



• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 18. Dezember 2018](#)

[EU-UNESCO Projekt Jugend und Kulturerbe](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt 2018 vergeben

Am 12. Dezember wurde im Händel-Haus in Halle der diesjährige Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt verliehen. Der Preis ist mit insgesamt 3.000 € dotiert und wird in den Kategorien Jurypreis, Online-Voting-Preis und Publikumspreis (je 1.000 € Preisgeld) vergeben.



Der Sieger des Publikumspreises wurde erst in Rahmen der Veranstaltung via Stimmabgabe ermittelt, nachdem die von der Jury nominierten Beiträge vorgeführt wurden. Die Verleihung wurde durch **Europaminister Rainer Robra** vorgenommen. Er zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt an aktuellen europäischen Themen und die gleichermaßen kreative und gestalterische Qualität der Beiträge. Robra lobte das Engagement der Wettbewerbsteilnehmer und betonte

dabei: „Die Fragen zur Zukunft der EU beschäftigen eben nicht nur die Politik, sondern auch die breite Öffentlichkeit. Deshalb ist es gut und wichtig, sich ernsthaft und fundiert mit europäischen Themen und den jeweiligen Bezügen zur eigenen Lebenswelt auseinanderzusetzen – gern auch kritisch, aber vorzugsweise konstruktiv.“

15

Die diesjährigen Preisträger sind:

- **Jurypreis:** Die Schülerin Celina Gewinn aus Weißandt-Gölzau konnte die Jury mit ihrem Video-Beitrag „*Ich bin Europa*“ überzeugen und einen authentischen Eindruck davon vermitteln, was den Menschen vor Ort zu „Europa“ einfällt.
- **Online-Voting-Preis:** Iryna Riabenka und Valerii Pysarenko konnten mit ihrem Beitrag „Eine Reise nach Europa – Auf den Spuren der östlichen Partnerschaft“ die meisten Stimmen im Online-Voting für sich gewinnen. Die beiden kommen aus der Ukraine und leisten derzeit einen Freiwilligendienst in Sachsen-Anhalt ab.
- **Publikumspreis:** Die meisten Stimmen aus dem Publikum erhielten Anastasija Kudrawez und Ayman Srmoney aus Wettin für ihren Beitrag „Was ist Europa?“.

Die Beiträge und alle Informationen zum Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt sind auf www.europamedienpreis.de abrufbar.

Hintergrund:

Der Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt zeichnet die besten nicht-kommerziellen Video- und Audiobeiträge aus, die sich mit aktuellen europäischen Themen auseinandersetzen und dabei die Bezüge zu Sachsen-Anhalt oder zur eigenen





Lebenswelt herausstellen und medial umsetzen. Der Wettbewerb ist ein gemeinsames Projekt von Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, der Medienanstalt Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und wird seit 2009 durchgeführt.

Aktuelle Informationen bieten wir Ihnen auch unter <https://twitter.com/sachsenanhalt> und <https://www.facebook.com/Land.Sachsen.Anhalt/> sowie auf der zentralen Plattform des Landes www.sachsen-anhalt.de.

Fotos: ©Thilo Mössner

• eag Quelle: Staatskanzlei - Pressemitteilung Nr.: 689/2018 (siehe auch WS 43/18)



Europäische Projektpartnerschaft zur unternehmerischen Lehrerausbildung gestartet

Im Mai 2018 hat die Europäische Union [acht Schlüsselkompetenzen](#) definiert, die für lebenslanges Lernen maßgeblich sind. Hierzu gehört auch die Aneignung von *unternehmerischer Kompetenz* - also die „Fähigkeit, Chancen und Ideen umzusetzen und in Werte für andere zu verwandeln“. Um hierfür einen Beitrag zu leisten, wurde das [Erasmus+](#) Projekt *“Partnership for Initial Entrepreneurship Teacher Education”* (PIETE) im Herbst 2018 gestartet. Mit dem Vorhaben wird das Ziel verfolgt, unternehmerische Kompetenzvermittlung verstärkt in der Erstausbildung von



Lehrkräften der Sekundarstufe II zu berücksichtigen. Um den dafür erforderlichen Wissenstransfer zu gewährleisten, baut das Projekt auf institutionelle Tandemkonstellationen, in denen jeweils Hochschulexperten aus den Bereichen der Lehrerausbildung und der unternehmerischen Bildung eng zusammenarbeiten.

Die Umsetzung von PIETE erfolgt im Rahmen einer [Strategischen Partnerschaft](#) zwischen Univations - Institut für Wissens- und Technologietransfer an der **Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** (Projektleitung), der Technischen und Humanistischen Akademie in Bielsko-Biala, der Wirtschaftsuniversität Kattowitz, der Universität Szeged, dem Management Center Innsbruck, der Pädagogischen Hochschule Tirol sowie dem renommierten University Industry Innovation Network.



In einem ersten Projektschritt werden gemeinsame Workshops durchgeführt in denen ein gegenseitiges Verständnis für die Bedarfe und Funktionsweisen der Lehrerausbildung sowie bezüglich unternehmerischer Kompetenzvermittlung zwischen den Projektpartner aufgebaut werden sollen. Im Zuge dieser Veranstaltungen werden die Teilnehmer u.a. mit dem [Entrepreneurship Competence Framework](#) der Europäischen Union vertraut gemacht sowie Anknüpfungspunkte für die Berücksichtigung unternehmerischer Bildungsinhalte in der Lehrerausbildung identifiziert. Darauf aufbauend werden die Projektpartner ein modulares Lehrkompendium entwickeln, welches die unternehmerische Kompetenzentwicklung innerhalb der Lehrerausbildung unterstützt. Weiterhin wird das Projektteam eine Studie zum Begriffs- und Kompetenzverständnis unternehmerischer Bildung an lehrerausbildenden Einrichtungen der beteiligten Partnerländer durchführen. Diese Studie wird durch eine Best-Practice Sammlung ergänzt, in der beispielgebende europäische Initiativen zur unternehmerischer Kompetenzvermittlung im Schul- bzw. Hochschulbereich erfasst werden.



PIETE ist eine von insgesamt 19 geförderten Initiativen, die im Rahmen der Erasmus+ Antragsrunde 2018 vom [Deutschen Akademischen Austauschdienst](#) für eine Projektförderung ausgewählt wurden. Die Online-Präsenzen des Projekts befinden sich derzeit noch im Aufbau. Erste Informationen können aber bereits über die Social-Media Kanäle des Projekts (FB: <https://bit.ly/2CjZwit>, Twitter: <https://bit.ly/2PNSFKW>) LinkedIn: <https://bit.ly/2CkExw4>) abgerufen werden.

Für weiterführende Fragen zum Projekt steht Ihnen zudem das PIETE-Team der Univations GmbH zur Verfügung.

Verantwortliches Projektteam der Univations GmbH:

Florian Bratzke: bratzke@univations.de

Sandra Bier: bier@univations.de





Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — EACEA/36/2018 — Programm Erasmus+, Leitaktion 3 — Unterstützung politischer Reformen — Initiativen für innovative politische Maßnahmen — Europäische zukunftsweisende Kooperationsprojekte in der allgemeinen und beruflichen Bildung Die Aktivitäten müssen am 1. November 2019, 1. Dezember 2019 oder 1. Januar 2020 beginnen.
Fundstelle: Abl.	C 454 vom 17. Dezember 2018 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2018:454:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	19. März 2019
Antragsunterlagen:	Weitere Informationen sind dem Leitfaden für Antragsteller zu entnehmen. Der Leitfaden für Antragsteller und das Antragspaket stehen auf folgender Website zur Verfügung: https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/funding/forward-looking-cooperationprojects-2019_en E-Mail-Kontakt: EACEA-Policy-Support@ec.europa.eu



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such – EUREKA/Euro stars2 Enterprise Europe Network Südkorea	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Partner für Zusammenarbeit bei der Entwicklung von intelligentem und hochwertigem Spielzeug im Rahmen von EUREKA/Eurostars2-Programm gesucht Ein koreanisches Unternehmen, das sich auf die Herstellung von hochwertigem Spielzeug spezialisiert hat, sucht einen Partner für das Projekt Eurostars2. Das Unternehmen sucht im Rahmen eines Forschungskooperationsabkommens nach F&E Partnern zur Entwicklung von Technologien für fortgeschrittenes Spielzeug. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/e9fc9b3c-51d9-404e-84a4-55855cb8512d
Forschungsge such – H2020 Enterprise Europe Network Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de Interessensbekundung: 10.01.2019	Partner gesucht für H2020 Ausschreibung: Unterstützung der Entstehung von Datenmärkten und der Datenwirtschaft Ein spanisches ICT-Entwicklungsunternehmen sucht Partner zur Einreichung eines Vorschlags für die Ausschreibung H2020_ ICT-13-2018-2019 "Unterstützung der Entstehung von Datenmärkten und der Datenwirtschaft". Ziel ist die Schaffung sicherer und vertrauenswürdiger digitaler



		<p>Datenmarktplattformen, die der Wertschöpfungskette der Datenwirtschaft zu Gute kommen und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in verschiedenen Sektoren fördern. Gesucht werden Datenanbieter / Datenplattformbesitzer, Rechtsexperten für Datenschutz und Compliance, Datenverschlüsselungsexperten.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/92f6812c-5166-4e92-aae8-d4636ffaea2d</p> <p>Referenznummer: RDES20181121003</p>
Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network Großbritannien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Britisches Unternehmen sucht nach neuen antimikrobiellen Technologien für eine Reihe möglicher Anwendungen im Rahmen von Lizenzvereinbarungen oder technischer Zusammenarbeit</p> <p>Ein britisches Chemieunternehmen sucht nach neuen, sicheren antimikrobiellen Technologien für Beschichtungen, Textilien, Polymere, Klebstoffe und Elastomere. Das Unternehmen ist bereit, in die Weiterentwicklung und Registrierung der Technologie in Europa nach BPR (Biozid-Produktverordnung) und anderswo zu investieren, um die Technologie zu verkaufen. Gesucht werden Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Rahmen von Lizenzvereinbarungen oder technischer Zusammenarbeit.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/6dfef814-c31e-450a-8b98-c326876f074a</p> <p>Referenznummer: TRUK20181207001</p>
Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Rumänisches Unternehmen ist auf der Suche nach Herstellern von Verbindungselementen im Rahmen eines Fertigungsabkommens</p> <p>Ein rumänischer Distributor von Verbindungselementen ist daran interessiert,</p>



Rumänien		<p>sein Lieferportfolio zu erweitern und mit Herstellern von Montagekomponenten auf der Grundlage eines Fertigungsabkommens zusammenzuarbeiten. Das Unternehmen bietet eine breite Palette von gängigen und schwer zu findenden Sonderbestellungen wie Beschlägen und Sanitärteilen und -armaturen für kleine, mittlere und große Gewerbeprojekte. Partner werden unabhängig vom Herkunftsland gesucht.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b8e06f19-ed7e-4f71-9010-bd1839a0d0f0</p> <p>Referenznummer: BRRO20181113001</p>
----------	--	--

Das folgende Partnergesuch erreichte die LV Brüssel direkt

<p>Programme Horizon 2020- Pillar Societal Challenge-6- Call: Governance for the future</p>	<p>Please do not hesitate to contact directly both Prof. Tomei gabriele.tomei@unipi.it and Prof. Nugnes francesca.nugnes@unipi.it in case you need more information.</p>	<p>The University of Pisa is looking for partners for a project related to the call "Enhancing social rights and EU citizenship".</p> <p>The project aims at:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Improving the current regulatory framework of social citizenship of the European Union; • Highlighting case studies that may contribute to constructing the narrative of European citizenship; • Providing recommendations for the implementation of the European Pillar of Social Rights and for the exercise of social rights as an integral part of European citizenship <p>The deadline of the call is 14 March 2019.</p>
--	--	---



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp – AdR -Newsletter



Der aktuelle Newsletter des Ausschusses der Regionen wurde am 14. Dezember veröffentlicht. Der Newsletter enthält Neuigkeiten, Veranstaltungen, Stellungnahmen zu EU-Politiken, Veröffentlichungen u.a.m.

In dieser Ausgabe finden Sie u.a. Informationen zu folgenden Themen:

- Modelle lokaler Energie-Ownership und die Rolle lokaler Energiekommunen im Rahmen der Energiewende in Europa
- Besteuerung der digitalen Wirtschaft
- Das Reformhilfeprogramm und die Europäische Investitionsstabilisierungsfunktion
- Das Weltraumprogramm der Europäischen Union und die Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm
- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und Kohäsionsfonds
- Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen
- Nehmen Sie an der Umfrage von AdR und OECD zu den Nachhaltigkeitszielen teil!

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) führt gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Umfrage über die wichtigsten Beiträge der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu den Nachhaltigkeitszielen durch. Berichten Sie **bis zum 22. Februar** über Ihre Erfahrungen und tragen Sie so zur künftigen EU-Strategie für die Nachhaltigkeitsziele bei.

Sachsen-Anhalt wird in dieser Legislatur durch

- Dr. Michael Schneider, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, und
- Tilman Tögel, Mitglied des Kreistages Stendal, vertreten



Europäischer Ausschuss
der Regionen

Den Newsletter können Sie [hier](#) abonnieren und individuelle Informationen erhalten. • *eag*



Tipp - Und die beliebtesten Vornamen in Belgien sind...

Der Föderale Behördendienst des belgischen Wirtschaftsministeriums hat neulich die beliebtesten Vornamen des Jahres 2017 in Belgien bekanntgegeben.

Zum ersten Mal ist „Liam“ in Belgien der beliebteste Vorname, den Eltern ihrem neugeborenen Sohn geben. Im Jahr 2017 erhielten 570 Jungen diesen Namen.

Bei Mädchen ist „Emma“ seit 15 Jahren ununterbrochen der beliebteste Vorname. Im vergangenen Jahr wurden in ganz Belgien 634 Emmas geboren.

Die Top-5 für ganz Belgien sieht wie folgt aus:

Mädchen	Jungen
Emma	Liam
Olivia	Adam
Louise	Arthur
Mila	Noah
Alice	Louis

Hier die Top-Fünf jeder Region in Belgien:

Die Flämische Region:

Mädchen	Jungen
Louise	Liam
Mila	Noah
Emma	Lucas
Olivia	Finn
Ella	Arthur

Die Wallonische Region:

Mädchen	Jungen
Emma	Gabriel
Oliva	Hugo
Léa	Louis
Alice	Arthur
Lucie	Liam

Die Region Brüssel-Hauptstadt:

Mädchen	Jungen
Lina	Adam
Sofia	Mohamed



Nour	Gabriel
Aya	Rayan
Sarah	Youssef

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://statbel.fgov.be/de/themen/bevoelkerung/nachnamen-und-vornamen/vornamen-fuer-maedchen-und-jungen>

• eag Quelle: Nachbar Belgien Oktober 2018

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Letzte Woche wurde am Mittwoch dem 12. Dezember der Europa-Medien-Preis verliehen. Im Händelhaus in Halle wurden drei Sieger in den Kategorien Jurypreis, Publikumspreis und Online-Voting-Preis gekürt. Seit 2009 richtet die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, die Medienanstalt Sachsen-Anhalt und die Landeszentrale für politische Bildung den Europa-Medien-Preis aus. Jedoch ist die Preisverleihung nur ein kleiner Teil des Programms;



die Teilnehmenden dürfen vorher an einem Medienworkshop in Merseburg teilnehmen. Das Highlight schlechthin ist die Studienfahrt nach Brüssel und Straßburg und die damit verbundenen Besichtigungen der europäischen Institutionen. Dieses Jahr wurde anlässlich des 100. Jahrestages des Endes des Ersten Weltkriegs die Gedenkstätte in Verdun besucht. Die Fahrt diente vielen Teilnehmenden als Inspiration, zwei der drei PreisträgerInnen waren bei der diesjährigen Studienfahrt im August mit dabei.



- 1.) Der Online-Voting-Gewinnerbeitrag drehte sich rund um die östliche Partnerschaft. Welche Länder zählt man dazu?
 - a) Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien und die Ukraine.
 - b) Armenien, Aserbaidschan, Georgien und die Ukraine.
 - c) Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, die Ukraine und Weißrussland.

- 2.) Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt fördert vor allem die Medienkompetenz und stärkt lokale Vielfalt. Dabei spielen Bürgermedien eine wichtige Rolle: Offene Kanäle oder nichtkommerzielle Lokalradios bieten BürgerInnen die Möglichkeit, als Laie bei Film- und Radioprojekten mitzuwirken. Wie viele offene Kanäle und nichtkommerzielle Lokalradios gibt es im Land Sachsen-Anhalt?
 - a) Sieben Offene Kanäle und zwei nichtkommerzielle Lokalradios.
 - b) Zehn Offene Kanäle und drei nichtkommerzielle Lokalradios.
 - c) Fünf Offene Kanäle und zwei nichtkommerzielle Lokalradios

- 3.) Seit wie vielen Jahren existieren Bürgermedien in Deutschland?
 - a) Seit 40 Jahren.
 - b) Seit 30 Jahren.
 - c) Seit 20 Jahren



Antworten:

- 1.) c) Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, die Ukraine und Weißrussland gehören zur Östlichen Partnerschaft. Die Östliche Partnerschaft soll die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration von sechs Partnerländern in Osteuropa und im Südkaukasus verstärken und ist ein spezifisches Element der Europäischen Nachbarschaftspolitik zusammen. Die Partnerschaft wurde offiziell 2008 im Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen in Brüssel vorgestellt und im selben Jahr noch auf Ebene des Europäischen Rates beschlossen.

- 2.) a) In Sachsen-Anhalt gibt es sieben Offene Kanäle, diese sind in Dessau, Magdeburg, Merseburg-Querfurt, Salzwedel, Stendal, Wernigerode und Wettin ansässig. Die nichtkommerziellen Lokalradios sind Radio Corax aus Halle (Saale) und das Radio Harz-Börde-Welle aus Aschersleben. Allgemein repräsentieren Bürgermedien den „privaten“ Rundfunk, Fernseh- und Hörfunkbeiträge werden von BürgerInnen werbefrei für BürgerInnen gemacht.

- 3.) b) Seit 30 Jahren gibt es Offene Kanäle und nichtkommerzielle Lokalradios in Deutschland. Wichtige Grundlage für ihre Existenz bietet das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Presse- und Medienfreiheit und die Informationsfreiheit. Für demokratische Gesellschaften sind diese Rechte von zentraler Bedeutung. Im Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) ist die allgemein gefasste Garantie der Meinungsfreiheit formuliert, welche alle Kommunikationsformen einbezieht. Das Recht auf Empfang und Weitergabe von Informationen und Ideen ist ausdrücklich erwähnt. Bürgermedien werden von der europäischen Union gefördert. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union wurde im Jahr 2000 vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, dem Präsidenten des Rates und dem Präsidenten der Kommission unterzeichnet. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union ist die Gesamtheit der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie aller im Gebiet der Union lebenden Personen zusammengefasst. Die Rechte werden in sechs Kategorien unterteilt: Würde des Menschen, Freiheiten, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und Justizielle Rechte.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
NN	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
NN	Hospitant	...16	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

